  

Landrat

Dr. Marlon Bröhr

Kreisverwaltung des Rhein-Hunsrück-Kreises

Ludwigstraße 3-5

**55469 Simmern**

Simmern, den 23.02.2018

**Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD, Freie Wähler Rhein-Hunsrück e.V. und FDP für die Sitzung des Kreistages am 12.03.2018 auf Einleiten eines Raumordnungsverfahrens**

**Der Kreistag möge beschließen:**

1. Der Rhein-Hunsrück-Kreis begrüßt grundsätzlich das Einleiten eines Raumordnungsverfahrens zum Bau einer Mittelrheinbrücke bei St. Goar.
2. Der Rhein-Hunsrück-Kreis erklärt seine Bereitschaft zu einer gemeinsamen Antragstellung zur Eröffnung des Raumordnungsverfahrens zusammen mit dem Land Rheinland-Pfalz und dem Rhein-Lahn-Kreis. Diese Bereitschaft des Rhein-Hunsrück-Kreises zur gemeinsamen Antragstellung erfolgt ohne Anerkennung einer Rechtspflicht und unabhängig von der damit nicht präjudizierten Frage der Trägerschaft der Straßenbaulast der Mittelrheinbrücke.
3. Der Rhein-Hunsrück-Kreis beteiligt sich als einer der Antragsteller des Raumordnungsverfahrens an den dortigen Verfahrenskosten mit bis zu 100.000 EUR. Die im Haushalt 2018 hierfür eingestellten Mittel werden freigegeben.
4. Entscheidungen zum weitergehenden Vorgehen des Rhein-Hunsrück-Kreises, insbesondere nach Abschluss des Raumordnungsverfahrens, bleiben einer Entscheidung des Kreistages vorbehalten.

Seite 2 zum gemeinsamen Antrag auf Einleiten eines Raumordnungsverfahrens

**Begründung:**

Das Mittelrheintal erlebt seit geraumer Zeit einen deutlichen Bevölkerungsrückgang. Ein maßgebender Aspekt ist hierbei die unzureichende Verkehrsanbindung beider Rheinseiten. Seit Jahrzehnten wird u. a. eine feste Rheinquerung zwischen Koblenz und Mainz immer wieder diskutiert.

Zwischenzeitlich liegen Studien zur Errichtung eines Brückenbauwerkes sowie Vorschläge zur Ausweitung und Optimierung des vorhandenen Fährbetriebes vor. Die derzeit stattfindenden Diskussionen über eine Optimierung der Rheinquerung stützen sich u. a. auf Verkehrsuntersuchungen aus dem Jahr 2000, welche als Grundlage des Vorhabens nicht aktuell genug sind. Zudem ist im politischen Raum umstritten, ob die Mittelrheinbrücke bzw. die hierüber führende Straße in der Straßenbaulast der betroffenen Kreise oder des Landes liegen wird.

Vor dem Hintergrund könnte die Durchführung eines Raumordnungsverfahrens im Hinblick auf dessen Koordinierungs- und Abstimmungsfunktion zu einer Klärung beitragen und eine einvernehmliche Planung der Mittelrheinbrücke ermöglichen oder fördern. Deshalb ist der Rhein-Hunsrück-Kreis zur Initiierung des Raumordnungsverfahrens durch gemeinsame Antragstellung mit dem Land Rheinland-Pfalz und dem Rhein-Lahn-Kreis bereit und stellt hierfür 100.000 EUR zur Verfügung.

Michael Maurer

*Vorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion Rhein-Hunsrück*

Stefan Wickert

*Fraktionssprecher Freie Wähler Rhein-Hunsrück e.V.*

Thomas Auler

*Vorsitzender der FDP-Kreistagsfraktion Rhein-Hunsrück*